



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2013 - 2016

Dienstag, 8. November 2016, 18.00 – 19.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Erwin Sutter (FLiG)
Anwesend	29 Mitglieder
Entschuldigt	Marianne Künzle (CVP)
Anwesend Stadtrat	4 Mitglieder
Entschuldigt	Vakanter Sitz (Rücktritt Bruno Damann)

Traktanden

- 01 Stadtentwicklungskonzept 2016; Erlass
- 02 Primarschulanlage Büel und Hirschberg; Sanierung Aussensportanlagen; Kredit
- 03 Neue Vorstösse

01**Stadtentwicklungskonzept 2016; Erlass**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates sowie das Stadtentwicklungskonzept vom 15. Juni 2016. Der Stadtrat hat folgende Anträge gestellt:

1. *Das Stadtparlament genehmigt das Stadtentwicklungskonzept 2016.*
2. *Das Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2004 wird aufgehoben.*

Aufgrund der aktualisierten Bevölkerungsszenarien des Bundes stellte der Stadtrat am 28. September 2016 einen Änderungsantrag zu Kapitel 2.2 Kantonale Planung.

Eintreten

Reto Mock (CVP) vertritt als Präsident der Vorberatenden Kommission deren Anträge. Die Vorberatende Kommission unterstützt in ihrem Bericht vom 26. September 2016 das Stadtentwicklungskonzept. In einigen Punkten weicht sie von der Formulierung des Stadtrates ab und stellt Änderungsanträge. Der Präsident der VBK begründet die Änderungsanträge der Kommission. Die Vorberatende Kommission stellt folgende Anträge:

1. *Das Stadtparlament genehmigt das Stadtentwicklungskonzept 2016 mit den vorstehenden Änderungen.*
2. *Das Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2004 wird aufgehoben.*

Felix Koller (FDP) lobt den partizipativen Ansatz in diesem Projekt. Anfänglich waren noch wirtschaftsfeindliche Tendenzen erkennbar. Gossau soll aber als starker Wirtschaftsstandort erhalten bleiben, und deshalb wurde die Strategiekarte angepasst. Die Bestandesgarantie wurde im Text explizit verankert. Auch im Thema Wohnen wurden gute Kompromisse gefunden. Auf den Begriff Kostenmiete soll verzichtet werden, es sollen aber Anreize für erschwinglichen Wohnraum geschaffen werden. Es überrascht, dass mittelfristig keine neue Verkehrsachsen geschaffen werden sollen und der Verkehr auf den bestehenden Achsen konzentriert werden sollen. Auch dieses Ziel unterstützt er. Die Fraktion steht geschlossen hinter den Anträgen der VBK. Es sind keine weiteren Änderungsvorschläge nötig.

Roman Steiger (CVP) hat die Mitarbeitsmöglichkeiten in diesem Projekt sehr begrüsst. Mit Bedauern stellt er fest, dass der A1-Anschluss in keinem nationalen Programm enthalten ist. Es ist wichtig, dass das SteK als Arbeitsinstrument genutzt und der Entwicklung angepasst wird. Die Fraktion wird den Anträgen der VBK zustimmen, mit Ausnahme Wohnstandort Wo6. Der Stadtrat wird ermutigt, das Thema umzusetzen.

Stefan Harder (FLiG) unterstützt Eintreten. Der integrale Ansatz in diesem Konzept wird begrüsst, es ist nicht nur auf den Verkehr konzentriert. Nicht überraschend ist, dass vollständig neue Ideen fehlen. Es ist richtig, dass auch bereits abgelehnte Massnahmen wieder geprüft werden. Ein Ja zum Konzept ist noch kein Ja zur Umsetzung, und der Weg wird nicht einfach sein. Eine rechtzeitige und vollständige Kommunikation ist wichtig. Die Fraktion wird den Anträgen der VBK folgen, ausser beim Antrag zu Wo6.

Florian Kobler (SP) ist mit der Erarbeitung zufrieden, hätte sich aber manchmal den Blick über den Tellerrand gewünscht statt eine Verkehrsdiskussion. Es gibt keine Gossauer Lösung für den Verkehr, dieser ist überregional zu lösen. Im Kapitel Mobilität hat es verschiedene gute Ansätze. Der Bahnhof soll als ÖV-Drehscheibe gefördert werden. Beim Einkaufen soll das Erlebnis im Zentrum stehen, und weniger der Verkehr. In Arnegg ist die Belas-

zung auf der Bischofszellerstrasse zu verbessern. Die Fraktion ist nicht mit allen Anträgen der VBK einverstanden, insbesondere nicht zu Wo6.

Markus Rosenberger (SVP) erachtet eine laufende Überprüfung des SteK als notwendig. Konkrete Massnahmen gehören nicht ins Konzept. Der Inhalt ist zukunftsweisend und mit Einbezug der Bevölkerung erarbeitet. Dies spiegelt sich in den wenigen Anträgen der VBK wieder. Die Fraktion unterstützt den Antrag zur Streichung des Begriffes Kostenmiete. Ebenfalls unterstützt sie den Änderungsantrag des Stadtrates betreffend Bevölkerungsentwicklung. Dies soll auch beim GESAK berücksichtigt werden. Das grosse Potential von Gossau soll für die Stadtentwicklung genutzt werden.

Detail-Diskussion

Zu 1. Anlass und Zweck:
Es wird keine Diskussion gewünscht.

Zu 2. Ausgangslage:
Die Änderungsanträge des Stadtrates vom 28. September 2016 zu 2.2 Kantonale Planung werden einstimmig angenommen.
Es wird keine Diskussion gewünscht.

Zu 3. Ziele und Strategien:

Textstelle	Änderungsantrag VBK	Begründung VBK
3.1 Wohnstandort Ziel 1 (Seite 24)	Gossau entwickelt sich <u>in erster Linie</u> innerhalb des bestehenden Siedlungsgebietes und verfügt über eine hohe Lebens-, Umfeld- und Wohnqualität.	Mit der Ergänzung soll eine (langfristige) Erweiterung des Siedlungsgebietes nicht ausgeschlossen werden.

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
Keine	---	---
Abstimmung	über Änderungsantrag der VBK	Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Textstelle	Änderungsantrag Stefan Harder (FLiG)	Begründung
3.1 Wohnstandort Wohnumfeldqualitäten verbessern Wo2 (Seite 24)	Ergänzen mit: <u>Der Lärmschutz entlang der A1 ist zu verbessern.</u>	

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
	Reto Mock (CVP)	Beantragt wird eine Massnahme, der Inhalt des SteK besteht aber aus Strategien. Der Stadtrat versucht bereits, den Lärmschutz zu verbessern.

	Alfred Zahner (FLiG)	Will nicht streiten über Massnahmen oder Strategie. Ein Bürgerbeschluss 1998 verlangt einen Lärmschutzdamm entlang der A1. Dieser wurde nicht realisiert, es muss Druck aufgebaut werden.
Abstimmung	über Änderungsantrag Stefan Harder (FLiG)	Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Textstelle	Änderungsantrag VBK	Begründung VBK
3.1 Wohnstandort Erschwinglichen Wohnraum fördern Wo6 (Seite 25)	Anreize setzen zur Schaffung von erschwinglichen Wohnungen, die nach den Grundsätzen der Kostenmiete vermietet werden	Mit der Strategie soll nicht eine Massnahme vorweggenommen werden. Formulierungen sollen offener sein und für verschiedene Bauträger offen stehen.

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
	Florian Kobler (SP)	Kostenmiete ist nicht gewinnorientiert. Der Boden wird der Spekulation entzogen, langfristig wird günstiger Wohnraum gesichert. Gemeinden setzen vermehrt auf gemeinnützigen Wohnungsbau. Hohe Wohnkosten vertreiben Familien. Der Änderungsantrag VBK ist abzulehnen.
	Felix Koller (FDP)	Das SteK ist ein Strategiepapier und kein Massnahmenkatalog. Die Ziele sind später zu erarbeiten. Werden mit Genossenschaften die richtige Zielgruppe erreicht? Das Beispiel aus Zürich zeigt etwas anderes. Besser wären gezielte Subventionen oder die Lockerung von Bauvorschriften. Der Antrag der SP ist abzulehnen.
	Leo Cozzio (CVP)	Familien müssen wegziehen weil günstiger Wohnraum fehlt. Miete wird für den Mittelstand immer teurer. Der Markt spielt nicht mehr. Städte haben dieses Problem erkannt. Erschwingliches Wohnen muss zur Verfügung stehen. Der Antrag der VBK ist abzulehnen.
	Florian Kobler (SP)	Kostenmiete ist ein Vorteil für eine Gemeinde, ist ein Anreiz für Zuzüger. Boden muss langfristig der Spekulation entzogen werden.
	Markus Rosenberger (SVP)	Der Antrag VBK schliesst nicht aus, dass Grundstücke an Genossenschaften verkauft werden.
	Felix Koller (FDP)	Die Stadt kann etwas tun, aber der Begriff Kostenmiete ist nicht liberal und gehört nicht in ein Strategiepapier. Nicht nur Genossenschaften erstellen günstigen Wohnraum.
	Reto Mock (CVP)	Es geht nicht für oder gegen Genossenschaften, sondern um ein Strategiepapier für 15-

		20 Jahre. Der Antrag der VBK ist zu unterstützen.
Abstimmung	über Änderungsantrag der VBK	Der Antrag wird mit 12 zu 17 Stimmen angenommen.

Textstelle	Änderungsantrag VBK	Begründung VBK
3.2 Wirtschaftsstandort, Ziel 5 (Seite 26)	Gossau setzt auch bei Arbeitsplätzen auf eine Verdichtung nach innen.	Einflussnahme durch Stadt ist gering bzw. bei städtischen Grundstücken ohnehin möglich.

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
	Marlis Eeg-Blöchliger (SP)	Die Schweiz hat Ja gesagt zum Raumplanungsgesetz. Verdichtung gilt nicht nur bei Wohnen, sondern auch für übrige Nutzungen. Der Streichungsantrag ist abzulehnen.
Abstimmung	über Änderungsantrag der VBK	Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Textstelle	Änderungsantrag VBK	Begründung VBK
3.5 Landschaft Ziel 2 (Seite 32)	Das attraktive Landschaftsbild mit seinen typischen Merkmalen und die Landschaftsräume sind ist in ihrem bestehenden Charakter erhalten.	Präzisierung der Formulierung

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
Keine	---	---
Abstimmung	über Änderungsantrag der VBK	Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Textstelle	Änderungsantrag VBK	Begründung VBK
3.5 Landschaft Ziel 4 (Seite 32)	Die hohen Naturqualitäten werden erhalten und punktuell verbessert.	Streichung der Zielsetzung zweckmässig, weil in Ziel 2 enthalten (typische Merkmale) und in Strategie La5 detailliert aufgeführt.

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
Keine	---	---
Abstimmung	über Änderungsantrag der VBK	Der Antrag wird

Textstelle	Änderungsantrag VBK	Begründung VBK
3.6 Freiraum Freiräume in ihren spezifischen Charakteristiken stärken Fr2 (Seite 33)	Aufenthaltsqualität und Nutzungsmöglichkeiten durch punktuelle, sanfte Gestaltung und die spezifischen Charakteristika stärken: Bundwiese als multifunktionale Allmend attraktiver gestalten Marktplatz als multifunktionale Freifläche mit	Die formulierten (Teil-)Strategien sind nicht verständlich. Der Stadtrat wird mit konkreten Massnahmen darlegen müssen, wie der spezifische Charakter des jeweiligen Freiraums durch gestalterische Mittel erhalten und oder gar gestärkt werden soll.

	urbanem Charakter besser nutzbar machen Andreaspark als ruhige Oase erhalten	
--	---	--

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
	Monika Gähwiler-Brändle (SP)	Die Strategie soll unverändert belassen werden. Die aufgeführten Beispiele sind Besonderheiten von Gossau und sollten namentlich erwähnt bleiben. Zudem soll angefügt werden, dass die Auflistung nicht abgeschlossen ist.
	Reto Mock (CVP)	Die VBK hat sich explizit gegen eine Aufzählung ausgesprochen. Die Freiflächen sind bekannt und mehrheitlich im Eigentum der Stadt.

Textstelle	Änderungsantrag VBK	Begründung VBK
3.7 Arnegg Gewerbestandort Arnegg erhalten Ar3 (Seite 34)	Die Neuansiedlung von Gewerbe nicht forcieren	Einflussnahme durch Stadt ist gering bzw. bei städtischen Grundstücken ohnehin möglich.

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
Keine	---	---
Abstimmung	über Änderungsantrag der VBK	Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Textstelle	Änderungsantrag VBK	Begründung VBK
4 Synthese 4. 1 Zusammenspiel der Ziele und Strategien, Zentrale Gedanken der Stadtentwicklung (Seite 37)	Interkommunale Abstimmung und Zusammenarbeit: Die Stadtentwicklung weist vielfältige Bezüge über die Stadtgrenzen hinaus auf und erfordert eine enge planerische Abstimmung innerhalb der Agglomeration. Zwei Kooperationen sind für Gossau von besonderer Bedeutung, ist die Zusammenarbeit mit der Stadt St. Gallen im Gebiet St. Gallen West / Gossau Ost sowie mit der Gemeinde Andwil zur Abstimmung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung Arnegg-Andwil von besonderer Bedeutung.	Die Stadt Gossau stimmt ihre Planungen grundsätzlich mit allen Nachbargemeinden ab. Von besonderer Bedeutung - und somit hervorzuheben - ist einzig die laufende Planung Gebiet St. Gallen West / Gossau Ost (regionales Arbeitsplatzgebiet).

Wortmeldungen	Name/Fraktion	Votum/Antrag
Keine	---	---
Abstimmung	über Änderungsantrag der VBK	Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Schluss-Abstimmung über das Stadtentwicklungskonzept

1. Das Stadtparlament genehmigt das Stadtentwicklungskonzept 2016 mit den vorstehenden Änderungen.
2. Das Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2004 wird aufgehoben.

Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

02

Primarschulanlage Büel und Hirschberg; Sanierung Aussensportanlagen; Kredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 17. August 2016. Der Stadtrat hat folgende Anträge gestellt:

1. Für die Erneuerung der Aussensportanlagen auf den Schulanlagen Büel und Hirschberg wird ein Kredit von CHF 340'000 inkl. MwSt. bewilligt.
2. Für die Erweiterung der Schnelllaufanlage von zwei auf vier Laufbahnen bei der Schulanlage Büel wird zusätzlich ein Kredit von CHF 90'000 inkl. MwSt. bewilligt.

Die Parlamentarische Baukommission stellt aufgrund ihrer Beratungen folgende Anträge:

1. Für die Erneuerung der Aussensportanlagen auf den Schulanlagen Büel und Hirschberg wird ein Kredit von CHF 340'000 inkl. MwSt. bewilligt.
2. Auf die Erweiterung der Schnelllaufanlage von zwei auf vier Laufbahnen bei der Schulanlage Büel wird verzichtet.

Thomas Künzle (SVP) verliest als deren Präsident den Bericht der parlamentarischen Baukommission. Der Bedarf für eine Ausweitung von zwei auf vier Laufbahnen im Büel ist nicht ausgewiesen. Im Übrigen sind die Anlagen aber stark sanierungsbedürftig.

Diskussion

Marlis Eeg-Blöchliger (SP) sieht den Sanierungsbedarf als unbestritten. Bei den übrigen Schulanlagen sind jeweils vier Bahnen vorhanden, auch die Anlage Büel soll auf vier Bahnen ausgebaut werden. Dies macht die Anlage attraktiver und ist im Sinne der Leitsätze der Stadt.

Felix Koller (FDP) stellt fest, dass im Büel die angrenzende Spielwiese stärker genutzt wird als die Laufbahn. Die Laufbahn soll nicht zu Lasten der Spielwiese erweitert werden.

Abstimmung über Anträge

Die Anträge des Stadtrates und der parlamentarischen Baukommission werden einander gegenübergestellt.

Die Anträge der parlamentarischen Baukommission erhalten eine grosse Mehrheit.

03

Neue Vorstösse

Interpellation Stefan Harder (FLiG) „Marktstübli – tschüss“

Der Präsident



Erwin Sutter

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 13. November 2016 genehmigt.